

8.2.2011

Antrag Nr. 1

Antrag zur Kreiskonferenz

Eingegangen: 10.2.2011  
Antragsteller: OV Stuttgart Süd-Kaltental  
Betrifft: (Prekäre) Beschäftigung und Armut - ein Wechselverhältnis  
Beschlossen am: 4.4.2011  
Adressat: SPD-Bundespartei, SPD-Bundestagsfraktion

Die Kreiskonferenz möge beschließen:

**Antrag:**

SPD-Bundespartei und SPD-Bundestagsfraktion wirken darauf hin, daß

1. neben der Zurückführung und strengeren Regulierung der Leiharbeit auch die mehr und mehr sachgrundlos befristeten Arbeitsverhältnisse abgeschafft werden,
2. durch staatliche Aufsicht sichergestellt wird, daß Minijobber entsprechend der geltenden Rechtslage beschäftigt, mittelfristig aber sozialversicherungspflichtige Teilzeitstellen wieder zur Regel werden
3. durch steuerliche Maßnahmen
  - die sogenannte kalte Progression Schritt für Schritt beseitigt und dadurch vor allem die Mittelschicht wieder gestärkt sowie
  - die damit zusammenhängende, seit Jahren zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich wie auch die einseitige bzw. ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen wieder auf ein gerechteres Maß zurückgeführt wird.

Die dafür beabsichtigten Maßnahmen der Bundespartei - Anhebung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen, Reform des Ehegattensplittings, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Anhebung sonstiger vermögensbezogener Steuern sowie die Bekämpfung der Steuerflucht - werden daher unterstützt.

**Begründung:**

Durch die Bemühungen von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften konnte die befürchtete hohe Arbeitslosigkeit in Grenzen gehalten werden. Der starke Aufschwung hat sogar dazu geführt, daß sie auf das niedrigste Niveau seit 1992 gesunken ist. Das dürfte auch 2011 so bleiben.

„Der Erfolg hat jedoch seinen Preis. Und dieser Preis wird von den Armen, vor allem von den Langzeitarbeitslosen in Deutschland bezahlt....Außer den Betroffenen und den karitativen Verbänden stört sich aber niemand daran“ (StZ v. 21.12.2010).

Die SPD schon. Denn gegenwärtig haben noch rd. 60 % der Arbeitnehmer eine reguläre Stelle. Dementsprechend ist die prekäre Beschäftigung - und damit auch die Armut - erheblich gestiegen. So sind fast 5 Mio. Menschen geringfügig beschäftigt. Die Zahl der Leiharbeiter nähert sich der Millionengrenze. Fast 3 Millionen verfügen nur über einen befristeten Arbeitsplatz. 5 Mio. sind in einem 400-Euro-Job tätig. Und fast 9 Millionen arbeiten in Teilzeit. Die Quote der Langzeitarbeitslosen wiederum, die länger als ein Jahr auf der Straße steht, ist doppelt so hoch wie im OECD-Durchschnitt.

Darüber hinaus gibt es gegenwärtig 7 Mio. Hartz-IV-Empfänger, darunter 2 Mio. Kinder. Die Meldung des Statistischen Bundesamts vom November 2010, daß inzwischen jeder 6. Bundesbürger am Rande des Existenzminimums lebt, überrascht daher nicht. Auch nicht die Studie der Bertelsmann-Stiftung von Anfang 2011, wonach Deutschland bei der sozialen Gerechtigkeit ande-

ren Industriestaaten hinterherhinkt. Besorgniserregend sei dabei vor allem das Phänomen Kinderarmut. Außerdem ist die Bundesrepublik in der EU seit Jahren - und zwar mit deutlichem Abstand, so das Statistische Bundesamt im Dezember 2010 - Schlußlicht beim Lohnzuwachs.

### **Leiharbeit**

Seit 2004 hat die Leiharbeit um das 5-fache zugenommen. Jede dritte Neueinstellung fand letztes Jahr in der Zeitarbeitsbranche statt. Mittelfristig werden 2,5 Millionen Leiharbeiter erwartet.

Sie verdienen nur halb so viel wie die Stammebelegschaft, in der Industrie noch weniger. Jeder Achte ist auf Hartz IV angewiesen. Arbeitnehmerrechte kennen sie nicht. 60 % arbeiten nicht länger als 3 Monate. Nur jeder 7. wird übernommen. Inzwischen dient Leiharbeit auch immer mehr dazu, die Lohnkosten zu senken. Außerdem werden Stammarbeiter zunehmend durch Zeitarbeitskräfte ersetzt. Firmen gründen sogar eigene Zeitarbeitsunternehmen.

Es erstaunt daher nicht, daß 85 % der Bundesbürger Leiharbeit als Lohndumping betrachten. Zwei Drittel halten sie für eine moderne Form der Ausbeutung. Der Staat muß daher - gleiche Löhne und Rechte für gleiche Arbeit - korrigierend eingreifen. Ein Antrag erübrigt sich jedoch, da die Kreiskonferenz bereits am 20.12.2010 den Antrag des OV Stuttgart-Ost beschlossen hat.

### **Befristung**

Auch die befristeten Arbeitsverhältnisse - gegenwärtig sind es, wie erwähnt, 2,7 Mio. - nehmen rapide zu. Bei Neueinstellung ist inzwischen jeder zweite Job befristet. Darunter leidet besonders die junge Generation. So waren 2010 54 % der 20- bis 24-Jährigen prekär beschäftigt. „Unsichere Arbeitsplätze werden zur Regel“, titelte daher die SZ schon im März 2010. Der Chef der Bundesagentur bestätigte einen Monat später, daß wir immer mehr Teilzeitarbeitsplätze, befristete Stellen und schlecht bezahlte Arbeitsplätze haben. Daran hat sich nichts geändert: Im Januar dieses Jahres kritisierte der Vorsitzende der IG Metall, daß Einstellungen überwiegend befristet und in Form von Leiharbeit erfolgten.

Nun kann man der Meinung sein, daß eine befristete Arbeit besser ist als keine. Dabei wird aber übersehen, daß es hier nicht nur um eine Aufhebung des Arbeitsrechts geht. Mit der Art des Arbeitsplatzes verändert sich auch die Möglichkeit, sein Leben planen zu können. Befristete Arbeitskräfte sind zudem fügsame Beschäftigte. So wächst vor allem bei den Jugendlichen eine Generation heran, die sich auf ihren Job auch dann nicht verlassen kann, wenn sie ihn gut macht. Unsichere Beschäftigung zerschlägt dabei nicht nur eine bewährte Arbeitsstruktur, sondern führt auch zu einer instabilen Gesellschaft.

### **Minijobs**

Darüber hinaus gibt es zur Zeit 7 Mio. Minijobber, darunter 2 Mio., die nebenher jobben. Zwei Drittel davon sind Frauen. Die hohe Zahl ist - unter anderem - darauf zurückzuführen, daß viele sozialversicherungspflichtige Stellen in Minijobs umgewandelt worden sind.

Dabei kommt es immer wieder vor, daß der Lohn vorenthalten, kein bezahlter Urlaub bzw. keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gewährt oder der Mutterschutz ausgehebelt wird. Nur wer da ist, bekommt Geld. Dabei hat ein Minijobber die gleichen Rechte wie ein Teilzeitbeschäftigter. Der letztjährige Deutsche Juristentag hat deshalb festgestellt, daß Minijobber häufig um den Anspruch auf Urlaub, Lohnfort- oder Sonderzahlung betrogen würden. Er sieht daher mit Sorge, daß der Anteil der Minijobber in allen Beschäftigungsverhältnissen steigt.

Zu einer besonderen Unsitte ist dabei die sogenannte Abrufarbeit geworden. Minijobber werden in

Läden oder in der Gastronomie nach Belieben ein- und abbestellt. Man telefoniert sie für vier Stunden herbei, schickt sie jedoch mangels Umsatzes nach zwei Stunden wieder nach Hause. Der quasi rechtlose Stunden- oder Tagelöhner ist damit wieder auferstanden.

Trotz der bekannt gewordenen Gesetzesverstöße gibt es keine staatliche Aufsicht. Die Minijobzentrale hält sich nicht für zuständig. Das Bundesarbeitsministerium will von Mißständen nichts wissen. Erst im September 2010 hat das Ministerium erklärt, daß es keine Notwendigkeit zu handeln sehe. Gebe es Probleme, müsse der Arbeitnehmer seine Ansprüche selbst geltend machen. Wegen des geringen Streitwerts lassen sich jedoch kaum Rechtsanwälte finden, abgesehen davon, daß dann sofort die Kündigung ausgesprochen werden dürfte. Die geringfügig Beschäftigten sind daher auf sich allein gestellt. Die Öffentlichkeit hat jedoch bisher kaum Notiz davon genommen. Das darf jedoch in einem Land, das laut seinem Grundgesetz ein sozialer Rechtsstaat ist, so nicht bleiben.

### **Fazit**

So hat es die zunehmende Segmentierung der Beschäftigungsverhältnisse sowie ihre Entlohnung mit sich gebracht, daß die Bundesrepublik nicht nur eine Zwei-Klassen-Arbeitsgesellschaft zu werden droht, sondern auch die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird: Auf der einen Seite steigt die Zahl der Wohlhabenden, auf der anderen nehmen diejenigen zu, die mit einem niedrigen Einkommen leben müssen. Indiz dafür sind die immer wieder erscheinenden Armutsberichte der Regierung oder die Untersuchungen des Statistischen Bundesamts, wonach Arm und Reich immer stärker auseinanderdriftet. So verfügen beispielsweise die oberen 10 % der Bevölkerung über mehr als 60 % des Vermögens. Umgekehrt besitzt die untere Hälfte fast nichts. Die Wohlhabenden bezahlen hingegen an vermögensbezogenen Steuern nur ein Viertel bzw. ein Fünftel von dem, was in Frankreich bzw. Großbritannien üblich ist.

Außerdem verfügt das oberste Fünftel über 80 % der Einkommen, die untere Hälfte dagegen nur über knapp 15 %. Der Sachverständigenrat sprach deshalb schon 2009 davon, daß „das Beharrungsvermögen am oberen Rand der Einkommensverteilung überdurchschnittlich hoch ist.“ Und die bereits zitierte Studie der Bertelsmann-Stiftung hat als eines ihrer wichtigsten Ergebnisse festgehalten, daß in Deutschland nicht nur die Einkommensarmut, sondern auch die ungleiche Verteilung in den letzten beiden Jahrzehnten zugenommen habe wie in kaum einem anderen Industriestaat. Das hatte bereits 2008 auch die OECD festgestellt.

Die untere sowie die eine Gesellschaft tragende mittlere Einkommensschicht waren deshalb die Verlierer des Jahrzehnts. Nicht nur, weil ihre Steuer- und Abgabenlast inzwischen 50 % überschritten hat, sondern, so der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach Ende 2009, weil auf Grund der schiefen Einkommens- und Vermögensverteilung der Großteil des von allen erarbeiteten Reichtums auf das Konto einer kleinen Gruppe geflossen ist. Doch schon 2005 hatte das ehemalige Mitglied des Bundesverfassungsgerichts, Christine Hohmann-Dennhardt, gerügt, daß immer mehr Menschen inmitten von steigendem Reichtum in die Armut abgleiten würden. Nicht umsonst meinten daher 2009 drei Viertel der Bundesbürger, daß es in Deutschland nicht gerecht zugehe.

Außerdem führt die zunehmende Ungleichheit zu einer für die Gesellschaft gravierenden Folge: Die sie tragende Mittelschicht schrumpft. Hatte sie in den 70er Jahren noch einen Umfang von 64 %, betrug er Anfang des letzten Jahres noch 54 %. Setzt sich diese Entwicklung fort, führt das zu ihrer Spaltung. Nachdem daher lange Zeit von unten nach oben verteilt worden ist, muß die Verteilungsgerechtigkeit - die neue soziale Frage - wieder mehr in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt werden.